

Initiativantrag

der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend die Umsetzung von Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus

Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, folgende nachhaltig wirksame Handlungsschritte gegen Rechtsextremismus zu setzen:

- regionale Anlaufstellen für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene einrichten
- Überarbeitung und Ausbau des oberösterreichischen Handlungskonzepts gegen Extremismus nach dem Vorbild des bayrischen Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus
- Erarbeitung eines Präventionsleitfadens für Schulen
- Stärkung der Streetwork-Einrichtungen für die außerschulische Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus durch ein Präventionskonzept
- Einbindung der Sicherheitsbehörden in die Präventionsarbeit

Begründung

Die im April erfolgte Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage seitens der damaligen Innenministerin Johanna Mikl-Leitner zeigt den bundesweiten explosionsartigen Anstieg rechtsextremer Tathandlungen im letzten Jahr auf. Gab es 2014 bundesweit 750 Tathandlungen, so waren es im Folgejahr bereits 1156. Insbesondere Oberösterreich, wo es von 2014 auf 2015 fast zu einer Verdopplung von 109 auf 202 Tathandlungen kam, weist eine besonders alarmierende Entwicklung auf. Mit dieser hohen Zahl an 202 Tathandlungen führt Oberösterreich die negative Rangliste der Bundesländer an.

Die jüngsten neonazistischen Schmieraktionen in Lenzing und Timelkam am Jahrestag der Kapitulation des 3. Reiches sind nur die offen sichtbaren Auswüchse rechtsextremer Umtriebe. Den dahinter liegenden Ursachen wird im Sinne einer gefestigten demokratischen Gesellschaft offensichtlich noch zu wenig entgegengetreten.

Bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode hat der SPÖ-Landtagsklub mehrere Initiativen für klare Handlungskonzepte des Landes zur Eindämmung der rechtsextremen Szene und ihrer menschenverachtenden tätlichen Umtriebe gesetzt. Die darin angeführten Konzepte des Landes zur aktiven Absicherung unserer demokratischen Grundordnung durch

entsprechende Präventionsarbeit sind nach wie vor ausständig. Die Notwendigkeit solcher Maßnahmen ist ob der genannten Zahlen aktueller denn je.

Es braucht dezentrale und mit entsprechend geschultem sozialpädagogischen Personal ausgestattete Anlaufstellen für Ausstiegswillige aus der rechtsextremen Szene und deren Angehörige. Eine Ansiedlung dieser bei den Jugendservicestellen des Landes wäre sinnvoll. Die in Bayern existierende Handlungsanleitung gegen Rechtsextremismus soll zudem als Vorbild für eine Überarbeitung und Ausweitung des oberösterreichischen Handlungskonzepts gegen Extremismus herangezogen werden.

Gemeinsam mit Landesschulrat und Exekutive soll das Land einen einheitlichen Präventionsleitfaden für Schulen erstellen, der klare Vorgaben zur präventiven Bildungsarbeit etwa in Neuen Mittelschulen und Berufs- und Fachschulen des Landes macht. Sozialpädagogische Einrichtungen wie Streetwork und Schulsozialarbeit sind für die Arbeit gegen Rechtsextremismus inhaltlich und personell stärker zu rüsten.

Alle Maßnahmen und Handlungsschritte sind seitens des Landes eng mit Exekutive, Landesschulrat und Streetwork-Einrichtungen abzustimmen. Ein andauernder Informationsfluss zwischen diesen Institutionen mit Schnittstelle beim Land ist anzustreben und aufrechtzuerhalten.

Linz, am 10. Mai 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Krenn, Peutilberger-Naderer, Binder, Makor, Rippl, Müllner, Weichsler-Hauer, Promberger, Punkenhofer, Bauer, Schaller